

XXII. GP.-NR**230/J****ANFRAGE****2003 -03- 26**

der Abgeordneten **Franz Riepl** und Genossen
 an den BM für Soziale Sicherheit und Generationen **Mag. Herbert Haupt**
 betreffend den *Einnahmenausfall in der Krankenversicherung durch
 Maßnahmen der Bundesregierung*

Während der gesamten vergangenen Legislaturperiode galt der Bundesregierung die „Sanierung“ der Krankenkassen als vorrangiges Ziel. Neben einer Reihe von ineffizienten und sozialpolitisch bedenklichen Versuchen neue Einnahmen zu erschließen (Ambulanzgebühren, Einschränkung der beitragsfreien Mitversicherung) wurden auch Maßnahmen getroffen, die zu erheblichen *Einnahmeverlusten* bzw. *Mehrbelastungen* in den Krankenkassen geführt haben. Dazu zählten u.a. Beitragssenkungen, die zu geringe Pauschalabgeltung der Mehrwertsteuer auf Medikamente, die zusätzlichen Mittel für landesfondsfinanzierte Krankenanstalten, die Pauschalierung der KV-Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung und eine Reihe weiterer Maßnahmen.

Am 27. Feb. 2003 hat Staatsekretär Finz dem „Wirtschaftsblatt“ gegenüber zugegeben, dass im Jahr 2002 300 Mio. Euro von der Sozialversicherung in den Bundeshaushalt geflossen sind.

Für die jetzige Legislaturperiode wurde das Gesundheitssystem abermals zum „Sanierungsfall“ erklärt, und die Einführung genereller Selbstbehalte sowie Beitragserhöhungen in Aussicht gestellt.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen in diesem Zusammenhang nachstehende

Anfrage

1. Welche gesetzlichen Maßnahmen haben seit dem Jahr 2000 zu Einnahmenausfällen bei den Krankenversicherungen geführt ? (Maßnahmen einzeln und nach dem Datum des In-Kraft-Tretens)
2. Welche gesetzlichen Maßnahmen haben seit dem Jahr 2000 zu Mehrausgaben der Krankenversicherungen geführt ? (Maßnahmen einzeln und nach dem Datum des In-Kraft-Tretens)
3. Wie hoch waren die Einnahmenausfälle jeweils durch die einzelnen Maßnahmen im Jahr 2000, 2001 und 2002 ?
4. Wie hoch waren die Mehrausgaben jeweils durch die einzelnen Maßnahmen im Jahr 2000, 2001, 2002 ?
5. Welche Maßnahmen, die zu Einnahmenausfällen oder Mehrausgaben führen, und die bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen wurden (z.B. Beitragsentlastungen für Unternehmer, Senkung der KV-Beiträge vom Kinderbetreuungsgeld, Auslaufen der

Zweckbindung bei der Tabaksteuer), sind schon oder werden bis 2006 wirksam werden ?

6. Wie hoch ist der zu erwartende Einnahmenausfall bzw. die Mehrbelastung durch diese – in Frage 5 genannten – Maßnahmen ? (einzelnen, pro Jahr)
7. Welche Maßnahmen, die zu einem Einnahmenausfall oder einer Mehrbelastung der Krankenversicherungen führen werden, plant die neue Bundesregierung für die jetzige Legislaturperiode ? (Maßnahmen einzeln und nach der zu erwartenden Kostenbelastung pro Jahr)
8. Unter welchem Titel und aus welchen Bereichen wurden im Jahr 2002 die von Staatsekretär Finz genannten 300 Mio. Euro aus der Sozialversicherung abgeschöpft und in das allgemeine Budget verschoben ?